

Menschen statt Profite – Gute Gesundheit für alle!

Krankheit und Gesundheit sind keine Ware. Ein Gesundheitssystem, das den Menschen und nicht die Bilanz in den Mittelpunkt stellt, ist als einziges Modell in der Lage, die Würde der Kranken und Pflegebedürftigen zu wahren. Und es ist als einziges Modell attraktiv genug, ausreichend Menschen davon zu überzeugen, ihre Talente, ihre Arbeitskraft und ihr Herzblut in den Dienst der Gesundheit anderer zu stellen.

Die Linke hat klare Ziele:

1. Alle Hamburger*innen müssen einen wohnortnahen und unmittelbaren Zugang zu Haus- und Kinderärzt*innen haben, und zwar unabhängig von Art und Status der Krankenversicherung.
zu einem Therapieangebot ohne Zuzahlung erhalten.
2. Die aktuelle Zwei-Klassen-Medizin muss durch ein solidarisches, gerechtes, barrierefreies und am Menschen sowie seiner sozialen Umwelt orientiertes Gesundheitswesen ersetzt werden.
3. Die Menschen haben nicht nur ein Recht auf körperliche, sondern auch auf psychische Unversehrtheit. Alle Hamburger*innen mit Bedarf, insbesondere Kinder und Jugendliche, müssen Zugang
4. Pflegebedürftigkeit darf weder in die Armut noch in die soziale Isolation führen.
5. Die Entscheidung, Angehörige zuhause selbst zu pflegen, darf weder in die Armut noch in die soziale Isolation führen.
6. Arbeitsbedingungen und Löhne im Gesundheitssektor müssen so gestaltet sein, dass Beschäftigte ihre Arbeit ohne hohe Risiken für die eigene Gesundheit und ohne Angst vor Altersarmut bis zur Rente ausüben können.

Um diese Ziele zu erreichen, kämpft Die Linke für:

Ambulante Gesundheitsversorgung

- Einführung von städtischen Gesundheitszentren in ärmeren Stadtteilen: Haus- und Kinderärzt*innen gemeinsam mit Sozial- und psychologischer Beratung unter einem Dach
- Kleinräumige ärztliche Bedarfsplanung auf Stadtteilebene
- Anonyme Behandlungsscheine für Menschen ohne Versicherung oder ohne gültigen Aufenthaltsstatus
- Barrierefreie Gesundheitsversorgung

Prävention

- Fokus auf aufsuchende, quartiersbezogene und partizipative Ansätze über die Einführung von Community Health Nurses
- Verhältnisprävention: Erheben kleinräumiger Gesundheitsdaten auf Stadtteilebene und Ableiten gesundheitsfördernder Maßnahmen
- Kostenloser Zugang zu regelmäßigen Schutzimpfungen

Krankenhäuser

- Gute Arbeitsbedingungen für das Personal und gute Behandlungsbedingungen für Patient*innen
- Bessere Finanzierung.

- (Re-)Kommunalisierung der Krankenhäuser
- Finanzielle Absicherung integrierter Notfallzentren
- Krankenhausplanung nach Bedarf
- Komplette Abschaffung der Fallpauschalen (DRG)

Pflege und Geburtshilfe

- Langzeitpflege: Planung von stationären Kapazitäten, Tages- und Nachtpflege und Kurzzeitpflege.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- Pflegende Angehörige: Ausreichende Absicherung, Ausbau der Kurzzeitpflege
- Geburtshilfe: 1-zu-1-Betreuung unter der Geburt und Stärkung der hebammengeleiteten Geburtshilfe

Psychische Gesundheit und Sucht

- Ausbau des psychiatrischen Krisendienstes
- Stärkung der Suchtprävention für Jugendliche
- Bedarfsorientierte Finanzierung von Drogenkonsumräumen und Suchtberatung stellen; Ausbau von Substitutionsambulanzen.

Hierzu einige Stimmen von Beschäftigten im Gesundheitswesen:



Claudia Nest, Krankenschwester, ver.di, Landesvorstand Die LINKE: „Mit unserer Gesundheit wird fahrlässig gespielt und dicke Profite gemacht. Wir brauchen dringend Entlastung und bedarfsgerechte Personalvorgaben, ansonsten werden immer mehr Pflegekräfte kündigen und auch den Beruf verlassen. Unsere Krankenhäuser gehören zurück in die öffentliche Hand denn mit Gesundheit darf kein Profit gemacht werden!“

Christian Haasen, Arzt, Verein Demokratischer Ärzt*innen (vdää*): „Die ambulante Medizin wird zunehmend kommerzialisiert, viele Einrichtungen konzentrieren sich auf die Optimierung des wirtschaftlichen Erfolgs, statt auf eine verbesserte Versorgung. Es muss ein Zugang zur Behandlung für alle in Deutschland lebenden Menschen bestehen. Wir brauchen kommunale Polikliniken und sozialmedizinisch orientierte Praxen.“



Kirsten Rautenstrauch, Krankenschwester, ehemalige Betriebsratsvorsitzende, Gewerkschafterin: „Menschen, die krank sind, gehören nach ihren individuellen Bedürfnissen behandelt und gepflegt und nicht was eine Fallpauschale (DRG) vorgibt. Deshalb gehören diese abgeschafft! Krankenkassenbeiträge müssen vollständig in die Gesundheitsversorgung fließen. Keine Profite auf Kosten der Gesundheit von Patient*innen und Belegschaften, deshalb gehören Krankenhäuser in öffentliche Hand!“



Nina Geier, Krankenpflegerin, Betriebsrätin, ver.di-Vertrauensperson: „Es macht mich traurig zu sehen, wie viele gute Kolleg*innen aus dem Beruf flüchten. Sie halten den Stress im Alltag, den Druck zwischen Zeitnot und eigenen Anspruch, den Bedürfnissen der Patient*innen gerecht zu werden, nicht mehr aus. Sie enden im Burnout oder verlassen den Beruf, der sie kaputt macht.“



Axel Hopfmann, ehem. Krankenpfleger: „Das Gerede vom Personalmangel in der Pflege ist eine gefährliche Halbwahrheit. Tatsächlich haben die unerträglichen Arbeitsbedingungen die Fachkräfte zu Tausenden aus dem Beruf getrieben. Wer die Arbeitsbedingungen nicht drastisch verbessern will, muss sich vorhalten lassen, dass es mit der Klage über den Personalmangel nicht ernst gemeint ist.“



Anke Kleinemeier, Frauenärztin, ver.di, vdää*: „Gesundheitsversorgung von FLINTA*Personen ist ein zentrales Thema. Die Routine, durch sog. IGeL (selbst zu zahlende Leistungen) Geld zu machen, muss durch eine evidenzbasierte Medizin, die vom Versicherungssystem getragen wird, abgelöst werden. Kommunale Frauengesundheitszentren sind eine gute Alternative zum ambulanten System. Die reproduktive Gesundheit muss selbstbestimmt und für alle zugänglich sein – der § 218 muss weg. Ein offenes und gender-sensibles medizinisches Angebot muss eine niedrigschwellige und flächendeckende Versorgung von trans*, nicht-binären und inter*Personen gewährleisten.“

